



Niederschrift Nr. 15

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 16. November 2010 von 18:01 Uhr bis 20:35 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Furtwangen

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Herdner

Zahl der anwesenden Mitglieder: 17 + BM = 18 (Normalzahl: 19)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder: **Stadtrat Franz Sauter (v)**

Stadtrat Prof. Dr. Ulrich Mescheder bis 18.02 Uhr
Stadtrat Dr. Stefan Scheit bis 18.13 Uhr
Stadtrat Rainer Jung bis 19.02 Uhr

Schriftführer: Carmen Grieshaber

Stadtverwaltung: Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Wehrle (ab 18.08 Uhr),
Herr Baumer, Herr Wekker, Frau Stadler

Sonstige: ./.

Besucher: **8**

Presse: **2**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **10.11.2010** ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **10.11.2010** ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift **Stadtrat Jens Becherer** und **Stadtrat Prof. Manfred Kühne** bestimmt werden.

TOP 1 Aktuelle Stunde

TOP 1.1 Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 1.2 Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

Parkraumbewirtschaftung

Satzung sowie Rechtsverordnung wurden am 03.11.2010 im BreKu bekannt gemacht. Auftrag an Firma Gleichauf zur Umstellung der Automaten wurde erteilt.

Überprüfung der Steuern und Abgaben; Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer 2011

Über eine Erhöhung der Hundesteuer wird im Rahmen eines Gesamtpaketes mit Einsparungen in anderen Feldern beschlossen. Dies werde dann 2011 sein.

Einrichtung einer Kleinkindgruppe im Kindergarten Regenbogen

Das ev. Verwaltungs- und Serviceamt wurde mit Schreiben vom 03.11.2010 über die Entscheidung des Gemeinderats informiert. Die Bedarfsplanung wird entsprechend ergänzt.

Kindergarten Regenbogen; Kostenbeteiligung Heizungsanlage

Schriftliche Mitteilung an evangelische Kirchengemeinde ist erfolgt.

Feststellung der Jahresrechnung 2009

Auslegung der Jahresrechnung 2009 v. 08.11.-16.11.2010.

Spendenbericht 2009

Spendenbericht wird an das LRA weitergeleitet.

Widmung der Unterallmendstraße nach dem Straßengesetz

Bekanntmachung des Widmungsbeschlusses mit Anlage wird im Bregtalkurier veröffentlicht.

Kinderhaus Furtwangen; Auftragsvergaben

Gemäß GR-Beschluss sind die Aufträge für Fassaden-Dämmarbeiten, Glaser- / Fensterbauarbeiten und Dach-/ Blechenerarbeiten erteilt.

Feststellung des Jahresabschlusses 2009 / der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe

Vorlage an die Kommunalaufsicht 4. November 2010.

Beerdigungen am Freitag

Das bereits terminierte Mitarbeitergespräch wurde verschoben. Es sei für Bürgermeister Herdner ein Muss, dass am Freitagmittag Beerdigungen stattfinden könnten sowie Urnenbestattungen auch nachmittags durchgeführt werden. Er werde dies im Mitarbeitergespräch so darlegen.

**TOP 2 Friedhofsordnung und Satzung zur Änderung der Bestattungsgebührenordnung
Vorlage: GR 131**

Bürgermeister Herdner führt in die Thematik ein und erklärt, er wolle auch künftig in den Ortsteilen Urnenbeisetzungen ermöglichen.

Frau Stadler berichtet, man habe sowohl die Friedhofsordnung als auch die Bestattungsgebührenordnung neu überarbeitet. Dies sei immer wieder verschoben worden. Für 2011 erhöhe sich die Grabnutzungsgebühr für den alten und neuen Friedhof sowie für die Stadtteile um 20%. Man habe unterschiedliche Kostendeckungsgrade. Man schlage auch für die Urnengräber die Erhöhung des Gebührensatzes um 20% vor. Im

neuen Teil des Friedhofes sei der Kostendeckungsgrad mit 14% schlechter als in anderen Bereichen, da hier das Problem sei, dass das Rasenmähen hohe Kosten im Eigenbetrieb Technische Dienste verursache. Bei den Urnengräbern werde der Betrag gesenkt, um hier den Kostendeckungsgrad von 100% zu erreichen.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder erinnert daran, dass er bereits vor einem Jahr eine genauere Aufstellung über die Verrechnungskosten gefordert habe. Der Vorschlag seiner Fraktion im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes laute, den Betrag auf 13.000,00 Euro zu setzen und die Leistungen des Technischen Dienstes zurückzufahren. Damit könnte die Gebühr gesenkt werden. Beerdigungen am Freitagnachmittag sollten möglich sein.

Stadtrat Riesle stellt fest, dass im Konsolidierungskonzept eine 20%ige Erhöhung bei gleichen Sterbefällen ausgewiesen sei. Seitens der Stadtverwaltung habe man Schriftstücke bezüglich des Abräumens der Gräber verteilt und Bußgelder angedroht. Seine Frage sei, wie hoch der Anteil der nicht bezahlten Bestattungen beispielsweise bei Erbablehnungen oder mangelnder Liquidität sei und wie hoch die eingenommenen Bußgelder seien. Bisher habe es keine Bußgelder-Festsetzungen in diesem Bereich seitens der Verwaltung gegeben und nicht bezahlte Bestattungen würden eingefordert werden, so Bürgermeister Herdner.

Stadtrat Riesle interessiert weiter, wenn seitens der Stadtkasse Leistungen erbracht werden würden, wo die Kosten dargestellt seien.

Frau Stadler erklärt, dass man einen Kostendeckungsgrad von 68% habe, 100% würden nicht erreicht werden.

Stadtrat Kern verweist darauf, dass bei einem Ausfallen eines Gebührenschuldners versucht werde, die Gebühren über das Sozialamt zu erhalten. Erfolgreiche Beitreibungen würden sich aus seiner Prüfungserfahrung nicht mal auf 15-20.000,00 Euro belaufen und gerade in diesem Bereich gebe es eine hohe Zahlungsmoral unter den Betroffenen. Im Bereich Grabnutzungsgebühren gebe es keinen 100%igen Deckungsgrad wie im Bereich Grabherstellung. Es sei wichtig, dass dies so kalkuliert werde, dass Maschinen- und Herstellungskosten über die Kasse laufen würden. Er habe sich die Kalkulation angeschaut und diese sei gut gemacht. Der Kostendeckungsgrad sei bei einzelnen Gebührenarten berücksichtigt worden. 100% sei eine rein rechnerische Kostendeckung. Am Jahresende werde man zwischen 50 und 55% erreichen. Nach drei Jahren sei nun eine Kostenanpassung richtig. Jedoch sollte man im Konsolidierungsbereich des Haushaltes nicht bloß die Einnahmeseite erhöhen.

Frau Stadler verweist auf eine 20%ige Erhöhung, die angenommen wurde. Würde man nur um 10% erhöhen, hätte dies zur Folge, dass dies für den Eigenbetrieb Technische Dienste eine Summe von 11.000,00 Euro ergäbe.

Für Stadtrat Kern stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch möglich sei, diese Leistungen zu reduzieren.

Bürgermeister Herdner schlägt vor, hier keine pauschale Kürzung vorzunehmen, sondern dies über ein Jahr hinweg zu beobachten.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder will dies erläutert wissen und verweist darauf, dass er schon 2009 diese Auflistung eingefordert habe.

Ortsvorsteher Wehrle berichtet, in Rohrbach werden bereits die Mäharbeiten in den Randseiten von ihm selbst erledigt und der Rest werde vom Eigenbetrieb Technische Dienste getan. Er wolle hier nicht über den Kostensatz des Technischen Dienstes reden, sondern dies sollte im Rahmen der Aufgabenkritik insgesamt vom Eigenbetrieb

Technische Dienste erfolgen. Er sehe dies getrennt von der Gebührenerhöhung Friedhof, was der Eigenbetrieb Technische Dienste an Aufgaben zu erledigen habe.

Auch Stadtrat Prof. Kühne hält eine pauschale Kürzung für gefährlich und der Friedhof sei nicht überbesetzt, weshalb es gegen diese Vorgehensweise sei. Man solle dies wirklich im Rahmen der Geschäftsaufgaben des Technischen Dienstes diskutieren, was fremd vergeben werden könne und was nicht. Bei 10.000,00 Euro handle es sich um Drei-Mann-Monate.

Nochmals betont Stadtrat Prof. Dr. Mescheder, dass er bereits 2009 gesagt habe, dass man hier im Mittel 2,5 Mann-Tage Einsätze habe.

Bürgermeister Herdner lässt über den Antrag der UL abstimmen:

Beschluss:

Die Leistungen des Technischen Dienstes im Bereich der Friedhöfe werden um 13.500,00 Euro reduziert und die entsprechende Gebührenerhöhung wird um 10% gekürzt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja, 14 Nein.

Bürgermeister Herdner lässt über Punkt 1. der Gemeinderatsvorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Den nachfolgenden Ermessensentscheidungen – entsprechend dieser Gemeinderatsvorlage und der beigefügten Gebührenkalkulation (Anlage III) – wird zugestimmt:
 - a) Den gebührenfähigen Kosten des Bestattungswesens, die in die Gebührensätze eingestellt wurden.
 - b) Dem Mischzinssatz als Ermittlungsmethode des Zinssatzes, 3,76 % als Höhe des Mischzinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals.
 - c) In der Gebührenkalkulation wird das Jahr 2011 kalkuliert.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja, 3 Nein.

Stadtrat Riesle nimmt Bezug auf die Friedhofsordnung und hält es für gut, dass diese aktualisiert werde. In § 15 sollten die Lichtbilder nicht so streng genommen werden, vor allem nicht bei Kindergräbern.

Beschluss:

2. Die Friedhofsordnung und die Satzung zur Änderung der Bestattungsgebührenordnung werden in der nach den Anlagen zu diesem Beschluss ersichtlichen Fassung beschlossen, wobei bei § 15 Abs. 2 der Punkt e) gestrichen wird. Sie treten am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung.

TOP 3 **Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe (Kurtaxesatzung)**
Vorlage: GR 134

Ergänzend zur Gemeinderatsdrucksache erklärt Bürgermeister Herdner, man müsse diesen Vorschlag im Kontext mit dem Ferienland sehen und man habe mittlerweile viele Gespräche geführt. Aufgrund dieser Gespräche habe er den Vorschlag eingebracht, die Kurtaxe entsprechend zu erhöhen. Ein Austritt aus dem Ferienland werde von der hiesigen Gastronomie nicht für sinnvoll erachtet, wenn man nicht mehr machen würde und dann noch zusätzlich aus dem Ferienland aussteige. Übrig würde dann nur noch Konus bleiben, ohne das weitere Angebot des Ferienlandes darüber hinaus. Die Überlegung im Ferienland sei, eine einheitliche Kurtaxe festzulegen und Schönwald und Schonach haben dies bereits umgesetzt. St. Georgen wolle dies ab Mitte 2011 umsetzen und in Triberg fehle es noch an dem Beschluss. Um eine Einheitlichkeit zu realisieren, sollte deshalb der Beitrag erhöht werden.

Stadtrat Straub ergänzt, man sei bereits seit 10 Jahren Mitglied im Ferienland und man habe seither viel darüber diskutiert, einen einheitlichen Kurtaxesatz zu erhalten. Zuerst habe man Konus, später Konus+ eingeführt und mit der früheren Gästekarte hätte es bloß für die Gäste Ermäßigungen gegeben, nun könne man kostenlos Skilift und Hallenbäder für 1,50 Euro nutzen. Eine Erhöhung auf 2,10 Euro halte man für vertretbar. Auch die finanzielle Situation der Stadt erfordere dies und deshalb stimme seine Fraktion zu. Man müsse eventuell in der Satzung noch aufnehmen, dass Geschäftsreisende diese Kurtaxe nicht bezahlen müssen, und die Jugendgruppen in den Heimen davon ausnehmen.

Auch Stadtrat Staudt hält es für positiv, dass man diesen Satz einheitlich im gesamten Ferienland machen wolle, interessiert sich aber auch dafür, was diese Erhöhung der Stadt brächte.

Bürgermeister Herdner ergänzt, er habe die Kurtaxeerhöhung mit dem Wirteverein noch nicht angesprochen.

Stadtrat Kern hält die Erhöhung um 40% als Vorreiter in Furtwangen für überzogen. Er könne sich kaum vorstellen, dass über eine 100%ige Erhöhung von anderen Gemeinden, die bisher 1,00 Euro verlangen würden, erfolgreich beschlossen werde. Wenn es den Träger für das Freibad als Lösung nicht geben würde, was sei dann noch die Rechtfertigung für eine 40%ige Erhöhung in Furtwangen, so frage er sich.

Frau Stadler berichtet, man werde hierdurch 28.000,00 Euro netto Mehreinnahmen erzielen und auf die Anfrage von Stadtrat Kern, ob dies auch die Gäste der Katharinenhöhe betreffe, kann Frau Stadler von einem 50%igen Anteil berichten.

Darauf erwidert Stadtrat Kern, dass die Übernachtungen überwiegend von der Katharinenhöhe kämen.

Bürgermeister Herdner sehe es so, dass Furtwangen nicht viel böte, aber dafür könnte man den Gästen noch mehr von den anderen Kommunen anbieten. Er sehe dies unter dem Aspekt der Solidarität.

Berufsbedingte Übernachtungen seien objektiv nicht kurtaxepflichtig und deshalb in der Satzung nicht aufgenommen worden, so Frau Stadler. Landschulheime seien ebenfalls aufgrund der Regelung über die Jugendlichen befreit. Man habe 41.212 Übernachtungen verzeichnet, bei denen eine normale Kurtaxe angefallen wäre. Von dieser Zahl aus hätte man Mehreinnahmen von 23.010,00 Euro. Der Anteil der Jugendlichen von der Katharinenhöhe fliese mit 27 Cent pro Übernachtung und werde auf 80 Cent erhöht. Damit belaufe sich die dadurch entstehende Mehreinnahme auf 2.200,00 Euro. Die meisten Mehreinnahmen würden jedoch aus der normalen Kurtaxe

stammen. Schönwald habe zum 01.12.2010 2,10 Euro als Kurtaxe beschlossen. Ebenfalls Schonach. Die Gemeinde Triberg habe erst neulich auf 1,80 Euro erhöht und Furtwangen sei kein Vorreiter in dieser Angelegenheit.

Bürgermeister Herdner ergänzt, die Stadt St. Georgen wolle zum 01.07.2011 erhöhen, jedoch nicht auf 2,10 Euro.

Auf die Anfrage von Stadtrat Biehler, ob bei der Kurtaxe auch die Eltern der Kinder der Katharinenhöhe mitgezählt seien, erklärt Frau Stadler, dass die Eltern wie bei einer normalen Kurtaxe mit einfließen würden.

Auf die Anfrage von Stadtrat Prof. Dr. Mescheder, ob dies überhaupt für die Katharinenhöhe machbar sei, versichert Bürgermeister Herdner, das wäre zu klären.

Stadtrat Jäger ist entsetzt darüber, dass man nicht mit den Wirten gesprochen habe und auch diese Angelegenheit nicht mit der Katharinenhöhe erörtert worden sei.

Stadtrat Prof. Kühne meint, Betroffene seien nie mit einer Gebührenerhöhung einverstanden. Er halte es für sinnvoll, dass man die Erhöhung mache. Der Vorschlag sollte so belassen bleiben. Auch für Einrichtungen sollte man keine Ausnahmen machen.

Stadtrat Hog erklärt, er sei der Meinung gewesen, dass alle Gemeinden mitmachen würden.

Auch Bürgermeister Herdner ist der Auffassung, wenn er mit allen sprechen würde, würde er nie zu einer Entscheidung kommen. Frage sei, ob man es auf den 01.01. umsetze oder zu einem späteren Zeitpunkt.

Stadtrat Straub erinnert an den Ausstieg aus dem Ferienland und die Aussage, man wolle erhöhte Kostendeckung erreichen. Dies wäre das kleinere Übel. 2011 laufe Konus aus und das Freibad sei für ihn kein Argument.

Wie festgestellt werde, ob es ein Gast sei oder ein Geschäftsreisender, interessiert Stadtrat Thurner.

Stadtrat Biehler erinnert, dass man entschieden habe, 20% im Ferienland zu reduzieren.

Frau Stadler verweist darauf, dass Geschäftsreisende nicht kurtaxepflichtig seien. Aus diesem Grunde dürfe es nicht in die Satzung mit aufgenommen werden.

Ortsvorsteher Wehrle berichtet, er habe als Gast immer wieder dem Wirt schriftlich bestätigen müssen, dass er Geschäftsreisender sei.

Beschluss:

1. Die Gebührenkalkulation des Fremdenverkehrsbeitrags-Hebesatzes und des Kurtaxesatzes wird festgestellt (siehe Anlage).
2. Die Kurtaxe erhöht sich für jede Person ab dem vollendeten 18. Lebensjahr von 1,50 Euro/Übernachtung um 0,60 Euro/Übernachtung auf 2,10 Euro/Übernachtung.
3. Die Kurtaxe erhöht sich für jede Person von 6 bis einschließlich 17 Jahren von 0,55 Euro/Übernachtung um 0,25 Euro/Übernachtung auf 0,80 Euro/Übernachtung.
4. Der Hebesatz für den Fremdenverkehrsbeitrag bleibt unverändert.

5. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe (Kurtaxensatzung) wird in der nach der Anlage zu diesem Beschluss ersichtlichen Fassung beschlossen und tritt zum 01.01.2011 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja, 2 Nein.

Stadtrat Thurner plädiert dafür, bezüglich der Katharinenhöhe eine Klärung für 2011 herbeizuführen.

TOP 4 Eigenbetrieb Wasserwerk: Einführung einer Konzessionsabgabe; Aufgabe Gewinnverzicht
Vorlage: GR 130

Bürgermeister Herdner führt in die Sachthematik ein und erklärt, es gebe 2 Punkte für die Konzessionsabgabereinführung. Dies bedinge eine Eigenkapitalaufstockung auf 30%. Es sei denkbar, die Höhe dieses Eigenkapitals vom Technischen Dienst in das Wasserwerk zu überführen, mit der Konsequenz, den Wasserpreis anzuheben. Bei 100.000,00 Euro Eigenkapital müsste dann der Preis um 30 Cent angehoben werden.

Stadtrat Prof. Kühne bedankt sich für die interessante Vorlage, die aufzeige, wie man zu Geld kommen könne. Man erwirke damit ein gewinnorientiertes Arbeiten im Wasserwerk, aber nicht ohne Grund habe die Stadt bisher darauf verzichtet. Bei einer Erhöhung des Eigenkapitals steige der Preis auf über 54 Cent, also mehr als 20%. Man sollte mittel- oder langfristig daran denken, wenn die Investitionen erledigt seien. Derzeit könne man dieser Angelegenheit nicht zustimmen; lieber sollte vorerst nicht gewinnorientiert gearbeitet werden.

Stadtrat Hog hält es für eine komplizierte Materie und seine Fraktion wolle dem Bürger einen so hohen Wasserpreis nicht zumuten. Er sehe keine Veranlassung für die Einführung der Konzessionsabgabe.

Stadtrat Kern erläutert, der Punkt werde so nicht getroffen. Es gehe darum, ob die Voraussetzungen von der Stadt geschaffen werden, um mit steuerlichen Wirkungen einer Gebührenerhöhung diese einbuchen zu können. Er halte dies in der Drucksache für falsch formuliert, es irritiere. Man vergebte sich nichts, wenn man die Konzessionsabgabe einführe und wenn diese auf den 01.01.2011 beschlossen werde, werde zwar eine steuerliche Konzessionsabgabe errechnet, diese jedoch nicht verbucht. Es handle sich hierbei nicht um eine Gebührenerhöhung, sondern um den Verzicht auf Gewinne. Dies sei früher so richtig gewesen, dass man die Gewinnerzielungsabsicht verneint habe. Zwischenzeitlich habe man jedoch eine Kapitalertragssteuer von 50%, nicht mehr wie früher 80%, weshalb man seitens der GPA empfehle, soweit als möglich Gewinne gemäß § 102 Gemeindeordnung zu erzielen.

Die Kapitalrückführung habe zwei Aspekte: Zum einen fließe das Kapital aus dem Eigenbetrieb Technische Dienste oder Eigenbetrieb Abwasserentsorgung in den Vermögenshaushalt und nicht direkt ins Wasserwerk, was sich auf den Fehlbetrag auswirke, nicht auf die Zuführung. Werde dieser dann ans Wasserwerk gegeben, müsse aufgrund der derzeitigen Interimswirtschaft die Genehmigung des Landratsamtes eingeholt werden. Dies sei in gewissen Chargen denkbar. Eine Verrechnung der Zinsen vom Wasserwerk sei Gesetzesforderung, ebenfalls die angemessene Eigenkapitalausstattung.

Für Stadtrat Prof. Kühne ist das Wasser ein Lebensmittel und er frage sich, ob dies eine zeit- bzw. finanziell gerechte Produktion sei. Früher habe man in Furtwangen die

Auffassung vertreten, auch wenn es teurer sei, wolle man das Wasser in eigener Regie anbieten. Bei einer Gewinnerzielung als Absicht, müssten die Bürger mehr zahlen. Seiner Auffassung nach müsste dann auch neu diskutiert werden, ob die Wasserbelieferung an den Bürger in Eigenregie oder fremd erfolge.

Der Beschlussvorschlag beziehe sich rein auf den Beschluss hinsichtlich der Konzessionsabgabe und sei Abkehr von der bisherigen Praxis, so Bürgermeister Herdner. Alles Weitere müsste in einer separaten Entscheidung getroffen werden.

Stadtrat Hog könne der Vorlage so nicht zustimmen.

Wenn man die Aussagen von Stadtrat Kern mit dem vorgeschlagenen Beschlussvorschlag der Verwaltung vergleiche, verwirre dies, stellt Stadtrat Prof. Dr. Mescheder fest. Gewinnverzicht würde was heißen, was heiße gewinnorientiert? Auch würden sich bezüglich der Einleitung und der Öffnung der Netze weitere Fragen ergeben. Ob man diese Diskussion führen wolle, frage er sich und dies sollte abgetrennt werden hinsichtlich der Eigenkapitalerhöhung und der Unterstützung des städtischen Haushaltes.

Stadtrat Kern stellt nochmals deutlich dar, dass der Verzicht auf Gewinn keine Gewinnerorientierung bedeute. Dies sei abhängig von der Kalkulation. Mit dem Beschluss auf Gewinnverzicht seien rein steuerliche Maßnahmen betroffen. Dies heiße nicht, dass eine Gewinnerzielungsabsicht beschlossen werde.

Bürgermeister Herdner zieht aufgrund der Diskussionen die Beschlussvorlage zurück. Man werde nochmals neu, ohne eine Wasserpreiserhöhung die Angelegenheit aufarbeiten.

TOP 5 Beschlussfassung Haushaltskonsolidierungskonzept; Umsetzung von Sparmaßnahmen
Vorlage: GR 135

Bürgermeister Herdner führt in die Thematik ein: Nachdem immer wieder einzelne Punkte beraten worden seien, ausgehend von der Klausurtagung des Gemeinderates im Mai, habe man zwischenzeitlich die Ergebnisse zusammengefasst und daraus entwickelte Handlungen aufgenommen. Teilweise seien auch schon Beschlüsse konkret gefasst worden. Sein Vorschlag sei gewesen, grundsätzlich die Zustimmung zu Vorschlägen und was 2012 und in folgenden Jahren an Beschlüssen kommen sollte bzw. müsste, in separaten Beratungen zu treffen. Es gebe Diskussionsbedarf, weil viele mit Investitionen verbunden seien. Das Freibad habe man schon öffentlich diskutiert. Grundsätzlich sei man bereit, das Freibad an den Trägerverein abzugeben. Ein weiterer Zündstoff seien Punkte, was ihm bewusst sei, wie z. B. die Schließung von Kindergärten, im Hinblick auf 2013/2014 aufgrund der Geburtenzahlen, wo Kindergärten nicht mehr sinnvoll als solche geführt werden könnten. Die Vorlage werde der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt, die erkennen lassen sollte, dass man in Themenfelder einsteigen müsse, die unangenehm, aber jedoch aufgrund der Zahlen unumgänglich seien. Ebenfalls sei die Zusammenlegung von Schulen aufgeführt und werde noch heiß diskutiert werden müssen. Er habe dies heute Morgen dem Schulleiter erzählt, dass dieser nicht aus den Wolken falle. Dennoch sei darüber separat zu diskutieren. Im Grundsatz seien diese Schritte zu gehen, und nicht davon abzurücken, auch wenn man besseren Zeiten entgegen sehe. Es müsse eine finanziell solide Lage für Furtwangen geschaffen werden, um künftige Schläge so nicht mehr zu erleben. Das Defizit belaufe sich 2010 auf 6,6 Mio. Euro und werde sicherlich 2011 nochmals erhöht werden. Man müsse in diese Richtung marschieren. Die Liste solle jedoch nicht abschließend gesehen werden. Es müssten aus Reihen des Gemeinderates weitere Punkte eingehen.

Ob diese Liste so an die Öffentlichkeit herausgegeben worden sei, interessiert Stadtrat Prof. Kühne. Im Ältestenrat habe man sich verständigt, dass nur 2011 diskutiert werde.

Stadtrat Kern vermisst die heute beschlossene Kurtaxerhöhung für 2011, die in der Liste nicht aufgeführt sei.

Bürgermeister Herdner geht Punkt für Punkt auf die 2011 getroffenen Aspekte ein. Die Reduzierung der Weihnachtsbeleuchtung als auch der Straßenbeleuchtung habe man bereits beschlossen.

Beschluss:

Reduzierung des jährlichen Aufwandes für Dienstfahrzeuge mit 7.500,00 Euro.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja (einstimmig).

Bürgermeister Herdner berichtet von seinem Gespräch mit der Geschäftsführerin der Volkshochschule. Wenn der Zuschuss an die VHS um 7.100,00 Euro gekürzt werde, müsse diese dann nach einem geeigneten Ersatz suchen.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder fragt, ob man dies mit einer Gebührenerhöhung seitens der Volkshochschule errechnen könne. Sein Vorschlag sei, den Betrag zu halbieren, um dann den Bestand weiter aufnehmen zu können.

Für die Kursgebühren seien gewisse Sätze vorgegeben. Eine willkürliche Gebührenerhöhung sei nicht möglich, erklärt Bürgermeister Herdner.

Man verlange für eine $\frac{3}{4}$ Stunde seitens der Volkshochschule 4,00 Euro. Es müsse dann eine beträchtliche Beitragserhöhung erfolgen, stellt Stadtrat Prof. Dr. Mescheder fest.

Beschluss:

Reduzierung des Zuschusses an die Volkshochschule mit 7.100,00 Euro.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen.

Bürgermeister Herdner erklärt, er sehe keine andere Möglichkeit, als den Zuschuss an den Kulturkreis in Höhe von 2.500,00 Euro zu streichen. Man habe dieses Jahr lediglich ein Konzert des Jugendsinfonieorchesters darüber finanziert, so Bürgermeister Herdner. Die Stadt Furtwangen sollte seitens der Jugendmusikschule eine größere Unterstützung erfahren.

Beschluss:

Der Zuschuss an den Kulturkreis in Höhe von 2.500,00 Euro wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja, 1 Enthaltung.

Stadtrat Biehler erkundigt sich, was der Tourismusverein mache.

Stadtrat Becherer erklärt, es laufe derzeit noch eine Anfrage von Frau Kimmig, man wolle jedoch den Verein auflösen.

Stadtrat Straub meint, dass über den Zuschuss an den Verein bisher auch das Loipenspurgerät mitfinanziert worden sei. Diesen Aspekt solle man noch prüfen.

Stadtrat Biehler stellt den Antrag, nachdem sich der Verein auflösen will, die Zuwendung an den Tourismusverein komplett zu streichen.

Beschluss:

Streichung des Zuschusses an den Tourismusverein in Höhe von 4.900,00 Euro.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja, 1 Nein.

Bürgermeister Herdner erklärt, die Erhöhung der Hundesteuer werde noch folgen. Den Beschluss über die Friedhofgebührenerhöhung habe man heute getroffen.

Was die Abgabe des Geschirrmobils an Dritte betreffe, würden derzeit noch Gespräche laufen und sollte separat beschlossen werden.

Die Rückführung des Eigenkapitals bei der Abwasserbeseitigung in den Kernhaushalt werde nun nicht kommen.

Stadtrat Kern erläutert, dass diese Rückführung in den Vermögenshaushalt der Stadt erfolge. Es sei die Höhe festzulegen und ob dies in zwei Raten oder ähnlichem erfolge. Hierzu sei eine Gemeinderatsdrucksache erforderlich.

Beschluss:

Es wird das Eigenkapital bei der Abwasserbeseitigung nicht in den Kernhaushalt zurückgeführt.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja (einstimmig).

Zum Austausch der Heizungsanlage am Otto-Hahn-Gymnasium erklärt Bürgermeister Herdner, dass Mittel aus dem Konjunkturprogramm noch zur Verfügung stünden. Es sei eine Frage der Darstellung, ob diese Mittel genutzt werden könnten. Die Energieagentur habe geprüft, mit dem Ergebnis, dass die Investition von 260.000,00 Euro einen städtischen Eigenanteil an Eigenkapital von 67.000,00 Euro erfordere, werde die Anlage ausgetauscht. Man erziele damit künftig pro Jahr eine Ersparnis von 22.500,00 Euro und könne somit in drei Jahren diese Investition amortisieren. Der Kessel sei 34 Jahre alt und aus seiner Sicht sollte das Konjunkturmittelprogramm sinnvoll genutzt werden.

Stadtrat Prof. Kühne befürchtet hierzu einen Konflikt mit der Rechtsaufsichtsbehörde.

Dieser müsse man darstellen, dass diese Investition in drei Jahren amortisiert sei. Auch die Inanspruchnahme der Konjunkturmittel sei Thema, so Bürgermeister Herdner.

Für Herrn Wekker habe diese Thematik eine zeitliche Präsenz. Das Regierungspräsidium empfehle Auftragsvergaben für sämtliche Gewerke noch in 2010.

Stadtrat Biehler erkundigt sich, nachdem die Energiekosten sich jährlich auf 120.000,00 Euro am OHG beliefen, welcher Brennstoff künftig gewählt werden solle.

Dies werde man separat behandeln, so Bürgermeister Herdner.

Beschluss:

Die Heizungsanlage am Otto-Hahn-Gymnasium wird ausgetauscht, um Energieeinsparungen in Höhe von 22.500,00 Euro zu erzielen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja (einstimmig).

Man werde diese Liste noch um den Beschluss zur Erhöhung der Kurtaxe ergänzen, erklärt Bürgermeister Herdner.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder will die Liste ergänzt wissen, um die Beträge, die im Rahmen des BZ-Verfahrens eingespart werden könnten, wenn in den nächsten paar Jahren die Verfahren übernommen werden würden.

Hier würden die Gespräche laufen, inwieweit vom Bauamt Leistungen erbracht werden könnten, erwidert Bürgermeister Herdner.

Wie die Kostenbilanz für 2011 bezüglich des Kinderhauses aussehe, stellt Stadtrat Prof. Dr. Mescheder die Frage.

Herr Wekker verweist diesbezüglich auf die Haushaltsplanungen 2011.

Beschluss:

2. Die in der Anlage 2 aufgeführten Maßnahmen, die erst ab dem Jahr 2012 wirksam werden, sind dem Gemeinderat zur späteren Entscheidung vorzulegen.
3. Die in der Klausurtagung vom 14. und 15.05.2010 erarbeiteten strategischen Ziele und Maßnahmen werden gemäß Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja (einstimmig).

TOP 6 Einbringung des Haushalts 2011; 1. Lesung

Bürgermeister Herdner: Das Werk läge nun vor. Er wolle sich hierzu kurz fassen. Man habe versucht, im Verwaltungshaushalt einiges an Kosten herunter zu fahren. Bei den Einnahmen habe man sehr vorsichtig kalkuliert. Bei der Kreisumlage habe man 35 Prozentpunkte angesetzt, obwohl sich derzeit abzeichne, dass dieser sich reduziere.

Er wolle jedoch nicht spitz fahren, sondern dies eher als Puffer verwenden. Bei der Gewerbesteuer habe man 3,5 Mio. als Einnahmen wie 2010 angesetzt. Zwar würde es heißen, die Konjunktur ziehe an, aber man erwarte trotzdem noch nicht den großen Geldsegen 2011. Die Eigenkapitalrückführung sei noch nicht eingeplant, da dies separat zu beraten sei. Dies wirke sich auf den Fehlbetrag aus und werde in die nächsten Beratungen mit eingefügt werden.

Unabhängig davon müsse man an den Grundstrukturen weiter arbeiten. Punkte, die zu kontroversen Diskussionen führen werden, müssten angegangen werden, um im Verwaltungshaushalt mehr Luft zu bekommen. Dies habe Ausfluss sowohl auf das Personal als auch auf die inneren Verrechnungen mit dem Eigenbetrieb Technische Dienste. Einsparungen sollten vor allem durch die Reduzierung im Unterhaltungsbereich erzielt werden. Dies gehe jedoch auf Dauer nicht, beispielsweise in Schulen, was das Sanierungsaufkommen angehe. Sobald man wieder mehr Luft habe, müssten die Betriebsausgaben und die Kosten durch entsprechende Investitionen zurückgefahren werden. Man müsse den Fehlbetrag von 1 Mio. Euro positiv sehen, er sei besser als 1,6 Mio. Euro, die angedacht waren. Trotzdem sei jetzt der Moment, dass ein ausgeglichener Haushalt nicht dargestellt werden könne. Man müsse auch 2011 noch im vorläufigen Haushaltsjahr leben. Die Beratungen sind abzuwarten. Seine weitere Vorgehensweise schlage er wie folgt vor: Man werde am 30.11.2010 nicht-öffentlich beraten, um einzelne Positionen zu bearbeiten. Er habe hier die Bitte, dass die einzelnen Fraktionen spätestens am 6. Dezember ihre Vorschläge erbringen. Am 14. Dezember werde man den Haushalt beraten und beschließen oder zur Kenntnis nehmen, wie in diesem Jahr.

Herr Wekker führt weiter aus: „Vom Haushaltsvolumen 2011 von insgesamt 18.060.460 Euro entfallen auf den Verwaltungshaushalt 16.257.320 Euro und auf den Vermögenshaushalt 1.803.140 Euro. Zunächst sagen diese Zahlen isoliert nicht sonderlich viel aus.

Zieht man als Vergleichszahl das Rechnungsergebnis 2009 heran wird die Dimension deutlicher. Während im Verwaltungshaushalt der Rückgang des Volumens nicht so drastisch ausfällt, sieht es im Vermögenshaushalt anders aus. Hier werden nur noch 27 % des Volumens des Jahres 2009 erreicht. Und das ist gut so.

Wobei das Volumen nicht gleich zu setzen ist mit Investitionen die getätigt werden müssen. Von diesen 1,8 Mio. Euro dienen **1,2 Mio. Euro dem Ausgleich des Verwaltungshaushaltes**. D.h. die Stadt Furtwangen ist weiterhin nicht in der Lage den laufenden Betrieb mit den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Desweiteren entfallen 313.000 Euro auf die Tilgung der laufenden Kredite.

Der Anteil der Baumaßnahmen, des Vermögenserwerbs, der Investitionszuweisungen beträgt lediglich 16 % der Gesamtausgaben des Vermögenshaushaltes.

Beispielhaft sind folgende geplante Investitionen genannt:

BZ-Verfahren Neukirch - 60.120 Euro, Beschaffungen Feuerwehr - 59.000 Euro, Investitionen Kindergarten Regenbogen - 54.700 Euro, Schulen - 40.750 Euro, Friedhof (Urnenstelen) - 15.000 Euro, EDV-Ausstattung - 14.350 Euro, Straßenbeleuchtung - 12.000,00 und Renaturierungsmaßnahmen - 10.000 Euro.

Es ist jedoch so, dass eine Finanzierung dieser Investitionsausgaben nur möglich ist, in dem man einen weiteren **Fehlbetrag von 1,02 Mio.** Euro ausweist. Der Fehlbetrag müsste eigentlich höher sein, er wird nur verringert durch die Veranschlagung einer Einnahme die bereits im Haushalt 2010 hätte anfallen müssen, die nun aber im Jahr 2011 fällig wird. Der Rückgang des Volumens im Vermögenshaushalt ist logische Konsequenz der äußerst angespannten finanziellen Lage der Stadt Furtwangen.

Bei Betrachtung des Gewerbesteuerverlaufs könnte man als Schuldigen natürlich sofort das geringe Aufkommen aus der Gewerbesteuer identifizieren. Vielmehr ist es jedoch so, dass die Finanzkrisen der jüngsten Zeit das strukturelle Defizit der Stadt Furtwangen aufgedeckt haben. Der ständig steigende, zumeist aufgabenbedingte, Ausgabebedarf im laufenden Betrieb wurde durch sehr hohe Steuereinnahmen schlicht überlagert. „Wir sind deshalb zur Konsolidierung verdammt“, wenn ich mich da ein jüngst gemachten Äußerung anschließen darf.

Aber ohne eine Rückkehr zu einigermaßen „normalen“ Einnahmeverhältnissen lässt

sich auch unter größten Einsparbemühungen kein ausgeglichener Haushalt darstellen. Die aktuellen euphorischen Wachstumsprognosen schlagen sich aber nicht gleich in steigenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer nieder, so dass hier erst in 2012, korrespondierend mit dem Veranlagungsjahr 2010, mit einer Verbesserung des Aufkommens zu rechnen ist.

Vermeintlicher Helfer in der Not könnten die nun steigenden Zuweisungen und sinkenden Umlagen sein, die mit Hilfe steigender Steuereinnahmen einen Haushaltsausgleich für die Jahre 2012 und 2013 möglich machen. Sie reichen nach den Planungen zusammen mit dem prognostizierten Anstieg des Gewerbesteueraufkommens und der Steueranteile sogar aus um die Fehlbeträge, wenn auch nur geringfügig, zu reduzieren. Es ist aber auch so, dass mit einer – hoffentlich - Verstetigung der Gewerbesteuereinnahmen Zuweisungen sinken und Umlagen wieder steigen werden. Dies kann man sehr gut an dem Verlauf dieser Grafik für die Vergangenheit erkennen.

Von bleibendem Wert und somit extrem belastend für die künftigen Haushaltsjahre werden sich die angesammelten Fehlbeträge erweisen. Sollte alles so eintreffen wie zu befürchten ist, summieren sich die Fehlbeträge bis Ende 2011 Fehlbeträge auf 7,8 Mio. Euro. Die Ausgleichsverpflichtung der entstandenen Defizite führt dazu, dass die „guten“ Jahre 2012 u. 2013 selbst wieder mit einem neuen Fehlbetrag abschließen. Bereits im Jahr 2014 wird mit zurückgehenden Zuweisungen und steigenden Umlagen wieder keine Mindestzuführung erreicht und ein neuer Fehlbetrag produziert. 2015 fortfolgend sind immer noch 6,6 Mio. Euro Fehlbeträge auszugleichen.

Desweiteren stehen die Fehlbeträge auch für eine Hohe Inanspruchnahme von Kassenkrediten. Damit ist ein enorm hohes Zinsrisiko verbunden. Im Haushaltsplan 2011 sind 180.000 Euro an Kassenkreditzinsen bei geringem bis moderaten Zinsniveau vorgesehen. Doch bereits jetzt steigen die Zinssätze an. Eine Verdoppelung der Zinszahlungen bei der weiteren hohen Kassenkreditinanspruchnahme ist nicht unwahrscheinlich und macht Ergebnisse von Einsparbemühungen zunichte.

Die Zielsetzung eines Rücklagenaufbaus zur Abfederung von Einkommensschwankungen ist unter den Voraussetzungen eher eine Vision denn ein kurzfristig erreichbares Ziel, aber deshalb nicht weniger anzustreben.

Das Sparbuch, die allgemeine Rücklage, ist seit 2009 leer.

Die zentralen Ergebnisse für 2011 lauten

Defizit im laufenden Betrieb – 1,21 Mio. Euro

Neuer Fehlbetrag – 1,023 Mio. Euro

Fehlbeträge insgesamt 7,8 Mio. Euro

Drohende Kassenkreditinanspruchnahme 8,7 Mio. Euro

Und damit wieder das Los eines nicht genehmigungsfähigen Haushaltes und der weiteren „vorläufigen“ Haushaltsführung.

Eine Zahl hätte ich noch, die städtische Verschuldung beläuft sich Ende 2011 inklusive der Eigenbetriebe und der Kassenkredite auf ca. 25 Mio. Euro.

Damit hätte ich Ihnen wohl jede Hoffnung genommen.

Trotzdem besteht die Chance und die Verpflichtung den Konsolidierungskurs weiterzuführen, damit die Zukunft nicht ganz so schwarz wird wie beschrieben. Schließlich sind bereits jetzt in die Finanzplanung Einsparungen bei den Personalkosten von aufsummiert 700.000 Euro für die Jahre 2011-2015 vorgesehen.

Es ist ebenfalls zu erwähnen, dass eine mögliche Eigenkapitalrückführung der Eigenbetriebe, welches kurzfristig Entlastung bringen könnte noch nicht berücksichtigt ist.

Die Novembersteuerschätzung, deren Zahlen in diesen Entwurf noch nicht eingeflossen sind und nachgereicht werden, trägt ihren Teil dazu bei das Ergebnis zumindest für 2011 noch etwas „aufzuhübschen“.

**TOP 7 Gesplittete Abwassergebühr:
Urteil des Verwaltungsgerichtshof vom 11.03.2010 zur Zulässigkeit des Frischwassermaßstabs
Vorlage: GR 129**

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag. Die Befliegung sei am letzten Wochenende geplant worden und werde eingearbeitet.

Stadtrat Kern weist darauf hin, dass der Gemeinderat grundsätzlich die Entscheidung zu treffen habe und dies auch kommen müsse.

Bürgermeister Herdner weist darauf hin, dass im März das Urteil gefällt worden sei und nun sei man soweit wie andere Kommunen. In Baden-Württemberg habe man die gesplittete Abwassergebühr-Praxis verdrängt.

Stadtrat Prof. Kühne hält die Entscheidung für richtig, dies fremd zu vergeben. Es werde noch weitere Ressourcen kosten. Er denke hier nur an die Auswertung der Selbstauskünfte.

Stadtrat Jung stellt fest, der Boom sei es wohl noch nicht, sonst wäre der Preis höher und die Flüge seien schwieriger zu bekommen.

Herr Wekker erklärt, dass die Frage bei der letzten Kämmerertagung ergeben habe, dass die meisten erst 2011 das Thema in Angriff nehmen würden.

Beschluss:

1. Die gesplittete Abwassergebühr wird in Furtwangen rückwirkend zum 01.01.2010 eingeführt.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja, 1 Enthaltung.

TOP 8 Bauvorhaben: Neubau von drei Studentenwohnhäusern und einem Wohn- und Betriebsgebäude auf den Grundstücken Ecke Baumann-/Bahnhofstraße Vorlage: GR 128

Bürgermeister Herdner trägt den Sachverhalt vor und stellt fest, dass unabhängig von der Vergangenheit Ziel sein müsse, eine vernünftige Entscheidung hinzubekommen. Laut Aussagen des Landratsamtes sei die Realisierung von Tiefgaragen ein Angebot, jedoch kein Muss. Wichtig sei es, Stellplätze in ausreichender Zahl zu schaffen. Das Landratsamt könne dem Bauvorhaben so die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Prof. Kühne bittet, Auszüge von Kaufverträgen an den Gemeinderat zu geben. Die Beschlüsse des Gemeinderates sollten in die Notarverträge eingearbeitet werden.

Für Stadtrat Jung sei über Jahre hinweg ein Bild aufgezeigt worden, das von der vertraglichen Wirklichkeit abweiche. Er bedaure, dass eine beste Quelle innerhalb seiner Fraktion nicht so tiefe Einblicke gegeben habe, wie es wünschenswert gewesen sei. Der Bebauungsplan werde, außer in zwei Punkten, eingehalten. Jeder Tag kostet die Investoren Geld, wo nicht gebaut werde. Man habe nun mit rechtlichen Schritten für eine weitere Verzögerung gedroht. Bei Zustimmung zur Befreiung von den Bebauungsvorschriften müsse dies aber auch heißen, dass keine rechtlichen Schadensersatzansprüche weiter an die Stadt aus der Stadtsanierung ergehen dürften. Er will im Protokoll geschrieben wissen, dass man in Zukunft fordere, dass Stellplätze auf die Nutzung angepasst werden. Man müsse sich an das Parkraumkonzept ranmachen, wenn die Hochschule weiter so wachse. Offen sei für ihn noch die Frage, welche Rechte hinsichtlich des Kindergartens bestünden. Welche dinglichen Rechte gebe es

hierfür. Sei es möglich, am Kinderhaus ein Gerüst aufzustellen.

Herr Baumer berichtet, dass im notariellen Vertrag für das nördliche Grundstück ein Not- und Rettungsdienstrecht für drei Meter bezüglich des nachfolgenden Grundstücks eingerichtet worden sei. Für den Kindergarten gebe es ein drei Meter breites Wege-recht.

Stadtrat Jung meint, dass es nebenan ein Grundstück gebe, das auf ein Geh- und Fahrrecht beharre.

Stadtrat Jäger fragt, ob man auf das Grundstück fahren dürfe, das links vom Kinderhaus läge. Es müsse geklärt werden, was dort für Rechte beständen.

Das Recht ergebe sich aus dem Bebauungsplan. Es handle um ein Fahrrecht, so Herr Baumer. Damit sei keine dingliche Sicherheit gewährleistet.

Theoretisch wäre die Nutzung des Fahrrechts möglich, wenn Kinder dort auf dem Weg zum Spielplatz wären, stellt Stadtrat Kern fest.

Es gebe kein dingliches Recht für den Hinterlieger, es ergebe sich nur aus dem Bebauungsplan, stellt Bürgermeister Herdner fest.

Herr Baumer bestätigt, dass notariell kein Fahrrecht gesichert sei. Aus dem Bebauungsplan her gebe es kein Recht, dass ein Fahren herleitbar machen würde.

Beschluss:

Das Einvernehmen zum Bauantrag für den Neubau von drei Studentenwohnhäusern und einem Nebengebäude hinter der geschlossenen Baureihe der Baumannstraße und einem Wohn- und Gewerbegebäude an der Baumannstraße wird, entgegen dem Beschluss des Technischen- und Umweltausschusses vom 05. Oktober 2010, unter Befreiung von Bebauungsvorschriften erteilt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen.

Ob Mittel noch aus den Ordnungsmaßnahmen des Städtebaus frei wären, will Stadtrat Thurner wissen.

Bürgermeister Herdner erklärt, dies sei abzuklären.

TOP 9

Auftragsvergabe:

Kinderhaus Furtwangen/Einrichtung zur Kleinkindbetreuung, Bahnhofstraße 7 Furtwangen, Umnutzung und Teilumbau des bestehenden Anwesens

Vorlage: GR 132

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag und erklärt, man läge mit 300,00 Euro über der Kostenschätzung.

Die Anfrage von Stadtrat Biehler, woher der zweite Bieter käme, kann Herr Baumer nicht beantworten.

Ob die Möglichkeit bestünde, auch an einen örtlichen Bieter zu geben, verneint Bür-

germeister Herdner auf die Anfrage von Stadtrat Biehler.

Beschluss:

Nach abgeschlossener Prüfung der Angebote wird der Firma Fleig GmbH, Schreinerei, St. Georgener Straße 1-7, 78739 Hardt, der Auftrag für Innentüren, Zargen und Brandschutzelemente mit der Vergabesumme von **25.168,50 €**erteilt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung.

TOP 10 Skiinternat Furtwangen Baden-Württemberg GmbH
Vorlage: GR 133

Bürgermeister Herdner berichtet. Ab Januar 2011 wolle der Internationale Bund (IB) als dritter Gesellschafter einsteigen, mit einem Anteil von 12.500,00 Euro. Damit würden die Anteile mit 34% bei der Stiftung Olympianachwuchs, 23% beim IB und 32,7% bei der Stadt liegen. Geschäftsführer seien er als Bürgermeister und Herr Belser vom IB. Darüber hinaus habe man mit dem IB einen Hilfsvertrag abgeschlossen. Der Beschluss sei notwendig, um dies der Rechtsaufsichtsbehörde für die Genehmigung vorzulegen. Er gehe aufgrund des Plädoyers des Landrates hinsichtlich des Skiinternats und dessen Zukunft von einer Zustimmung aus. Die getroffene Lösung sei für alle Zufriedenstellend. In den Beirat sollten Herr Dorer als „alter Skihase“ und als dessen Stellvertreter Herr Staudt, der gleichzeitig Vorsitzender des Sportverbandes sei, ernannt werden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, sich mit einem Anteil von 49% an der Skiinternat Furtwangen Baden-Württemberg GmbH zu beteiligen. Das einzubringende Stammkapital beträgt 12.250,00 Euro.
2. Als Mitglied für den Beirat der Gesellschaft wird Stadtrat Joachim Dorer und als dessen Stellvertreter Stadtrat Norbert Staudt benannt.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja (einstimmig).

TOP 11 Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

TOP 11.1 **Bekanntgaben**

Dem Gemeinderat wird folgendes bekannt gegeben:

1. Öffnungszeiten der Kindergärten in Furtwangen.

TOP 11.2 **Anträge und Anfragen**

Es wurden keine Anträge und Anfragen gestellt.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 15 wird beurkundet.

.....
Josef Herdner
Bürgermeister

.....
Jens Becherer
Stadtrat

.....
Carmen Grieshaber
Schriftführer

.....
Prof. Manfred Kühne
Stadtrat